

2,70 € davon 1,40 €
für unsere Verkäufer:innen
32. Jahrgang · Oktober 2025

Verkäufer:in Nummer

Straßenkreuzer

Über Leben in Armut



Obdachlose und Suchtkranke beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der Innenstadtbesucher:innen, erleben aber auch selbst Unsicherheit, sagt der Soziologe Tim Lukas. Extreme Armut und die Krise der Innenstädte würden zunehmend als ordnungspolitisches Problem behandelt. Er sieht jedoch auch Anzeichen für ein Umdenken.

Bastian Pütter: Herr Lukas, Sie forschen an der Universität Wuppertal als Soziologe im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit. Das legt erst einmal nicht nahe, mit Ihnen über Betteln und Obdachlosigkeit in Innenstädten zu sprechen.

Tim Lukas: (lacht) Stimmt. Ich komme aber aus der Kriminalsoziologie und Kriminologie. Und unser Fachgebiet beschäftigt sich nicht nur mit Großschadenslagen, wie die Begriffe Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vermuten lassen, sondern im Falle meiner Forschungsgruppe auch mit Fragen der Alltagskriminalität, mit Ordnungsstörungen und Sicherheitsgefühlen.

Inwieweit beeinträchtigen denn obdachlose oder bettelnde Menschen die Sicherheit?

Zunächst einmal ist Sicherheit ein menschliches Grundbedürfnis. Die tatsächliche Gefahr, Opfer von Kriminalität zu werden, ist dabei nur sehr indirekt mit dem eigenen Gefühl von Sicherheit verbunden. Letzteres ist stark von persönlichen Erfahrungen, medialen und gesellschaftspolitischen Diskursen geprägt. Dabei stehen die subjektiv wahrgenommenen Ängste vor kriminellen Übergriffen und die objektive Bedrohung durch Wohnungslose in der Regel nicht miteinander im Einklang.

In Ihrer Forschung zum Umgang mit sozialen Randgruppen sprechen Sie von „Versicherheitlichung“. Was ist damit gemeint?

Wir beschreiben damit einen Prozess, der soziale Probleme zu Sicherheitsproblemen umdeutet. Betteln, auch das sogenannte aggressive Betteln, ist erst einmal ein Ausdruck einer sozialen Notlage: extreme Armut, vielleicht in Verbindung mit einer Suchterkrankung oder anderen Problemlagen. Damit in diesem Beispiel Bettelnde nicht mehr als Personen erscheinen, denen man mit Mitgefühl begegnet, sondern die man als Sicherheitsproblem wahrnimmt, muss eine Umcodierung stattfinden, die Betteln ins Feld der Ordnungspolitik schiebt.

Viele Städte diskutieren derzeit, sogenanntes aggressives Betteln stärker zu reglementieren. Oft verbinden sich Stadtmarketing-Ideen mit der Versicherheitlichung, die sie beschreiben. Was wäre denn die Alternative zu Ordnungsstrafen und Platzverweisen oder zu größer angelegten Versuchen, Bettelverbote durchzusetzen?

Zunächst einmal ist die beste Idee, für Wohnungen zu sorgen, um die Zahl der Menschen zu reduzieren, deren Lebensmittelpunkt der öffentliche Raum ist. Es wäre wirklich Zeit, Konzepte wie „Housing First“ aus der experimentellen Pilotphase in den Regelbetrieb zu überführen. Wir wissen aus zahlreichen Auswertungen: Die Problemlagen der Betroffenen ausgehend vom eigenen sicheren Wohnraum aus zu bearbeiten, ist viel erfolgversprechender. Und: Sie entlastet den öffentlichen Raum. Daneben ist es auch wichtig, sich mit den Toleranzschwellen der Menschen in der Stadt intensiver zu beschäftigen. Die Stadt stand schließlich immer auch für die Begegnung mit dem Fremden. Und dazu gehören auch Abweichung und vielleicht abweichendes Verhalten. Diese Konfrontation abzuschaffen, würde bedeuten: Wir schaffen die Stadt als solche ab. Der öffentliche Raum war und ist neben vielem anderem zudem ein Raum der Zumutungen, und da müssen wir bestimmte Dinge auch einfach aushalten.

Ist Betteln ein Sicherheitsproblem?



Der öffentliche Raum war und ist neben vielem anderem ein Raum der Zumutungen, und da müssen wir bestimmte Dinge auch einfach aushalten.
Tim Lukas

Mit der Forderung nach Toleranz gewinnt man allerdings keine Kommunalwahl...

Das stimmt. Wir haben reale Krisen in den Innenstädten der Großstädte und gleichzeitig sehen wir eine seit Langem abnehmende Bereitschaft, Alltagsirritationen zu akzeptieren. Die politische Antwort ist dann oft die beschriebene Verschiebung in Richtung ordnungspolitischer Lösungen. Darin liegen aber auch Chancen. Zwar sind die Vorschläge für die Innenstädte, die oft von konservativer Seite ins Spiel gebracht werden, weder zielführend noch nachhaltig. Doch die Aufmerksamkeit führt dazu, dass jetzt wirklich über Lösungen nachgedacht wird. Statt reiner Verdrängung, was die Probleme nur verschärft, rücken zunehmend progressive Konzepte wie das Zürcher Modell in der Drogenhilfe oder Ausweich- bzw. Toleranzflächen für Suchtkranke und Wohnungslose in den Blick. Dazu muss man auch sagen: Für die Verdrängung von vulnerablen Gruppen aus dem öffentlichen Raum gibt es in aller Regel jenseits der unmittelbar betroffenen Nachbarschaft auch keinen Applaus.

Wenn über Unsicherheit und öffentlichen Raum gesprochen wird, stehen soziale Randgruppen in der Regel nur als Auslöser und als Objekte ordnungspolitischer Maßnahmen im Fokus. Sie haben in Ihrer Forschung die Perspektive gewechselt.

In zwei Forschungsprojekten in Düsseldorf und Köln haben wir uns mit den Angsträumen obdachloser und drogennutzender Menschen beschäftigt. Im Ergebnis zeigte sich, dass Kriminalisierung und Kontrolle ein hohes Maß an Unsicherheit erzeugen – und dies bei Menschen, deren Lebensumstände ohnehin durch existenzielle Ängste geprägt sind. Da die Betroffenen auf die Infrastruktur der Innenstädte angewiesen sind, steht ihre Verdrängung aus dem öffentlichen Raum im Widerspruch zu ihrem häufig sogar höheren Schutzbedarf. Ein sinnvoller Diskurs über Sicherheit darf deshalb nicht allein die Mittelschicht der Mehrheitsgesellschaft einbeziehen. Sicherheit ist auch für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen essenziell. Ich war selbst schockiert über das Ausmaß der Herabwürdigungen, Angriffe und Diebstähle, über die uns Betroffene berichtet haben. Auch aus dieser Perspektive zeigt sich die Bedeutung von Toleranz- oder Ausweichflächen, also von Orten, die für Straßenszenen geschaffen werden.

Kritische Stimmen würden einwenden, dass es doch nicht darum gehen kann, eine Stadt allein „obdachlosenfremdlich“ zu machen.

Solche spezifischen Orte zu schaffen, steht gar nicht im Widerspruch zu dem, was auch den Innenstädten insgesamt hilft: Aufenthaltsqualität, mehr Grün, mehr Sitzgelegenheiten. Wo Innenstadtbereiche breit und vielfältig genutzt werden, ist sichtbare Armut nur ein Teilaspekt. Um das zu veranschaulichen: In einer Zukunftswerkstatt zum Wuppertaler Bahnhofsbereich habe ich einmal, weil Sicherheit als wichtiger Wunsch genannt wurde, die üblichen Instrumente auf eine Flipchart geschrieben: Videoüberwachung, Aufenthaltsverbote, Alkoholverbote, mehr Polizei, mehr Ordnungsamt. Und die Teilnehmenden waren sich bald einig: Das wird ein toter Ort. Und von da aus entwickelten sie Vorstellungen von einer vielfältigen Nutzung, zu der auch die erwähnte Toleranz gehört. Ich glaube, das ist ein Modell.

Mit freundlicher Genehmigung von bodo, der Straßenzeitung aus Dortmund | bodoev.de

Text: Bastian Pütter | bodoev.de
Foto: Bo Tackenberg



Leichte Sprache

Dieses Interview finden Sie auf unserer Website in leichter Sprache. Die Adresse: www.strassenkreuzer.info/betteln-sicherheitsproblem Oder mit dem Smartphone den QR-Code scannen.

